

Vorsitzender: Herr Julian Degen, Universität Erfurt

Geschäftsstelle: Landeshauptstadt Erfurt
Dezernat Wirtschaft und Umwelt
Stabsstelle Nachhaltigkeitsmanagement
Fischmarkt 11, 99084 Erfurt
0361 655-2321

Kontakt: peter.seyfarth@erfurt.de

Protokoll der 20. öffentlichen Sitzung des Kommunalen Hochschul- und Studierendenbeirates (KHSBR)

Datum: 24.11.2016
Ort: Rathaus Raum 243
Zeit: 16:30 – 18:20 Uhr
Anwesenheit: siehe Anlage

Tagesordnung

Entwurf der Tagesordnung

1. Begrüßung und Beschlussfähigkeit
2. Protokollbestätigung der 19. Sitzung
3. Neuwahl eines/einer Vorsitzenden und eines/r Stellvertreters/-in
4. Hochschulstandort Erfurt (Drucksache 1730/16) u. Ausbau Uni Campus (2375/16)
5. Ausschreibung Stadtgarten DS 1464/16
6. Fernbushalt (Drucksachen 0494/16, 0651/16, 0676/16, 2267/16)
7. Zweitwohnsitzsteuer (Drucksache 2327/16)
8. Umnutzung leere Containerunterkünfte für Studenten (Drucksache 2374/16)
9. Hotline für rassistische Übergriffe
10. Sonstiges
11. Terminfindung und Themenwahl nächste Sitzung

Vorbemerkung:

Da während der Beratung mehrfach auf die Veröffentlichung der Drucksachen für den Stadtrat bzw. seiner Ausschüsse verwiesen wurde und die auf Option, die öffentlichen Vorlagen, Anfragen und Stellungnahmen dazu im Internet nachlesen zu können, hier vorab der Link:

<http://buergerinfo.erfurt.de/bi/si0040.php>

Im Sitzungskalender sind alle Termine der Ausschüsse und des Stadtrates hinterlegt, auf den Seiten dazu sind die Drucksachen und Stellungnahmen dazu veröffentlicht!

TOP 1

Der Vorsitzende, Herr Janek Heß, eröffnete die Versammlung, begrüßte die Teilnehmer und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2

Das Protokoll der 19. öffentlichen Sitzung des KHSBR vom 13.06.2016 wurde einstimmig bestätigt.

TOP 3

Neuwahl des Vorstandes.

Als neuer Vorsitzender wurden mit 7 Stimmen einstimmig Herr Julian Degen, Universität Erfurt und als Stellvertreter mit 6 Stimmen und einer Enthaltung Herr Peter-Simon Bredemeier gewählt.

Der neu gewählte Vorsitzende Herr Julian Degen übernimmt die Leitung der Beratung.

TOP 4 Ausbau Uni-Campus und Hochschulstandort DS 1730/16 und 2375/16

Frau Hahn – Thema war vor 14 Tagen im BuS (Ausschuss Bildung und Sport), dort war der Kanzler der UNI Anwesend: Er klärt auf, dass Baumaßnahmen auf dem Campus der Universität Ländersache sei und die Stadt keine Handlungsbefugnis hätte

Die Aussage, dass die Stadt die Universität nicht unterstützen würde, kann demnach so nicht stehe bleiben

Kanzler merkt an, dass dringend ein Hörsaal mit 600 Plätzen nötig wäre. Über einen solchen verfüge die Stadt nicht. Die ehemalige Parteischule ist durch die Universität im Rahmen einer vertragsrechtlichen Abmachung angemietet. Das der dortige Saal ungenügend geheizt ist, ist Vertragsgegenstand zwischen Vermieter und Uni.

Herr Zerbe unterstrich die Aussage, das Bauen auf den Campus der Hochschulen Ländersache sei und ein generell ein großer Bedarf bestehe.

TOP 5 Ausschreibung Stadtgarten DS 1464/16

Die Vertreter der StuRa der anwesenden Hochschulen stellten klar, dass der Saal für studentische Belange nutzbar ist und dass die Studierenden der Stadt, auch die Fachschaften, einen Raum dieser Größe für hochschulrelevante Veranstaltungen benötigen, zumal der Veranstaltungsort "Zentrum" nicht mehr zur Verfügung stehe.

Sie wünschten sich ähnlich der Vergabe des Studentenzentrums Engelsburg in die Vergabe einbezogen zu werden.

Herr Zerbe führte noch an, dass der Saal doch als Vorlesungsort für die UNI nutzbar wäre, wenn das Audimax nicht saniert wird und die alte Parteischule zu kalt ist.

Es wurde vereinbart die Verwaltung dahingehend anzuschreiben, das

- a) die Studierenden einen Auszug aus den Ausschreibungsunterlagen durch die Verwaltung erhalten und
- b) die Studierenden bis zur nächsten Beratung einen Kriterienkatalog erstellen, in dem sie analog der Ausschreibung der Engelsburg ihre Wünsche und Forderungen zur möglichen Nutzbarkeit des Stadtgartens für studentische Belange einbringen.

Das Thema soll zur nächsten Beratung des KHSBR erneut aufgerufen werden.

TOP 6 Fernbushalt DS 0494/16

Frau Hahn führte aus, dass das Thema im letzten Stadtrat (16.11.2016) diskutiert und beschlossen wurde, den Fernbushalt an den Flughafen Erfurt-Weimar anzubinden. Die Diskussion dazu kann nachgehört werden unter <http://www.plenum-tv.de/tv/xplaysld.jsp?strid=gkauwdqpkdir1f1ezdrp50248-1450301276274-4&player=extern> ab Laufzeit 1:09:21.

Im Beirat wurde zum Thema diskutiert und meist festgestellt, dass aus Sicht der Studierenden und der Fernbusnutzer ein Standort am Bahnhof besser gewesen wäre, allerdings hat der Stadtrat eine andere Entscheidung dazu bereits getroffen.

TOP 7 Zweitwohnsteuer

Es wurde informiert, dass das Thema bereits mehrfach im Hochschulbeirat diskutiert, aber nie eine (für Studierenden) zufriedenstellende Antwort gegeben wurde. Es wurde unterstrichen,

dass die Zweitwohnsitzsteuer, für deren Aufkommen fast nur Studierende mit geringstem Einkommen aufkommen müssen, ungünstig für den Hochschulstandort Erfurt wäre.

Frau Hahn bot an, das Thema noch einmal mit in die Fraktion zu nehmen und Frau Prof. Polster regte an, dass sich der KHSBR der Landeshauptstadt stark dafür machen solle die Zweitwohnsitzsteuersatzung zu verändern und Studierende und Azubis in Erfurt von der Steuer zu befreien.

TOP 8 Umnutzung leerstehender Wohncontainer für Studierende.

Es wurde darauf hingewiesen, dass die Container für fünf Jahre einer Nutzungsbindung unterliegen und nicht ohne weiteres anders genutzt werden als für Flüchtlingsunterkünfte.

Nach einer Aussage des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften wurde das Land angefragt, eine Nutzungsunterbrechung zu erlangen. Diese wurde positiv bewertet. Es gab zwischenzeitlich auch Gespräche mit dem Studentenwerk.

Herr Hollnack fragte nach, ob eine Verlegung der Containerstandorte möglich wäre, da bis zur Fertigstellung der Zahnklinik als Wohnunterkunft für Studierende sicher noch 2 Jahre vergehen. Diese Frage konnte nicht abschließend beantwortet werden.

TOP 9 Hotline Rassistische Übergriffe

Ausgangspunkt für den TOP war der Sachstand, dass in der Disco "Cosmopolar".

Das Thema war in letzter Stadtratssitzung auf der Tagesordnung. Dabei wurde festgestellt, dass ein Gespräch mit Betreiber und der Security steht noch ausstehe. Der TOP wurde in den Ausschuss SAG und OSO verwiesen.

Im KHSBR wurde darüber diskutiert, ob das Projekt "Refugium" der Universitätsgesellschaft nicht ausgebaut werden könne. das Rathaus könne dazu aber nicht genutzt werden, vielmehr verwies Herr Hirche auf das Kaffee Hilgenfeld und das Café "aquarium" – erst wenn es dort liefe sollte der OB erneut angefragt werden.

Herr Hirche regt an das Thema noch einmal in die Universitätsgesellschaft mitzunehmen.

Frau Hahn brachte danach eine Änderung des Gaststättengesetzes ins Gespräch, wonach kein Ausweichen von Diskobetreibern mehr möglich wäre. Weiter wurde dazu angeführt, dass das Land finanzielle Mittel bereitstellen wolle für ein Projekt gegen Rassismus in Gaststätten - dazu wurde bemerkt, dass Hochschulen für ein solches Projekt keine Kapazität hätten.

Im Weiteren gab es eine kontroverse Diskussion über die Sinnhaftigkeit einer Hotline, wer z. B. am anderen Ende der Leitung säße, wer eine 24 h- Dienst bezahlen könne, dass es doch noch die Polizei gäbe etc.

Herr Hirche erbot, das Thema noch einmal in der Universitätsgesellschaft anzubringen. Es wurde angeregt das Thema weiter zu diskutieren und dabei EZRA und MOBIT mit ihren Erfahrungen einzubinden.

TOP 10 Sonstige

Bezugnehmend auf die Frage von Prof. Zerbe zur Nachfragemöglichkeit beim Stadtrat zur Umsetzung von Beschlüssen (hier bezüglich der weiteren Entwicklung der Engelsburg, für die noch kein Vertrag mit dem neuen Betreiber existiere) wurde auf die Einwohnerfragestunde verwiesen. Nach § 10 der Geschäftsordnung bestehe für jeden Erfurt Bürger ein Nachfragerecht.

Geschäftsordnung für den Stadtrat der Landeshauptstadt Erfurt und seine Ausschüsse vom 15. Juli 2009 Beschl.Nr. 1411/09; 1.410

§ 10

Einwohnerfragestunde

(1) Der Stadtrat räumt Einwohnerinnen und Einwohnern sowie Vertretern von Bürgerinitiativen, Vereinen und Verbänden in jeder Sitzung des Stadtrates die Möglichkeit ein, Fragen zu stellen. Die Fragen müssen sich auf allgemeine Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises der Landeshauptstadt Erfurt beziehen. Fragen zu Angelegenheiten, die in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln sind, dürfen nicht zur Sitzung des Stadtrates gestellt werden. Das Gleiche gilt für Fragen zu Tagesordnungspunkten der gleichen Stadtratssitzung und Angelegenheiten, für die der Stadtrat unzuständig ist.

(2) Die Fragen sind 15 Tage vor der Sitzung des Stadtrates bei der geschäftsführenden Dienststelle einzureichen.

(3) Die schriftliche Antwort ist dem Fragesteller eine Woche vor der Stadtratssitzung zuzusenden. In die Beantwortung ist das Datum und die Uhrzeit des Beginns der Sitzung des Stadtrates und der Vermerk aufzunehmen, dass der Fragesteller bis zu zwei sachliche Nachfragen in der Sitzung stellen kann. Eine Ausfertigung der Anfrage und der Antwort erhält im Übrigen jedes Stadratsmitglied.

(4) Erfüllt die Einwohnerfrage nicht die Voraussetzungen des Absatzes 1 erfolgt die Beantwortung unter Angabe der Gründe die gegen eine Behandlung in der Sitzung des Stadtrates sprechen. Eine Ausfertigung der Anfrage und der Antwort erhält im Übrigen jede Fraktionsgeschäftsstelle. Allen fraktionslosen Stadratsmitgliedern werden Anfrage und Antwort in geeigneter Weise zur Kenntnis gegeben.

(5) Die Einwohnerfragestunde ist Bestandteil der öffentlichen Sitzung des Stadtrates und wird auf 30 Minuten begrenzt. Sie kann in Ausnahmefällen durch den Oberbürgermeister nach Beratung im Hauptausschuss bis auf eine Stunde ausgedehnt werden. In der Sitzung des Stadtrates werden die Fragen in der Reihenfolge des Eingangs beantwortet. Betreffen mehrere Fragen den gleichen Sachverhalt, so werden diese Fragen zusammenfassend beantwortet.

(6) Der Fragesteller oder sein Beauftragter kann bis zu zwei Nachfragen stellen. Ergibt sich aus der Beantwortung weiterer Klärungsbedarf, so ist die Anfrage auf Hinweis der Mitglieder des Stadtrates durch den Stadtratsvorsitzenden ohne Beschluss auf die Tagesordnung der Sitzung der sachlich zuständigen Ausschüsse zu setzen.

TOP 11 Termin

Nächster Termin des KHSBR ist der 12. Januar 2017 um 16:30 Uhr, Raum 243

- Mögliche Themen:
Ausschreibung Stadtgarten – Einbeziehung der Studierendenschaft analog der Engelsburg
- Hotline rassistische Übergriffe

Julian Degen
Vorsitzender

Peter Seyfarth
Hochschulbeauftragter